

Meldepflicht statt Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen

An der heutigen Stadtratssitzung vom 30.11.2017 werden die Freie Fraktion AL/GaP/PdA, die SP/JUSO und die GB/JA!-Fraktion eine Motion einreichen, welche fordert, dass die Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen abgeschafft wird und durch eine Meldepflicht ersetzt wird.

Grundrechte wie das Demonstrationsrecht, das Recht auf freie Meinungsäusserung und die Versammlungsfreiheit bedürfen in den Augen der Motionär*innen keiner Bewilligung durch staatliche Organe.

Eine durch das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) durchgeführte Überprüfung zur Umsetzung der Verpflichtungen, welche die Schweiz durch ihre Mitgliedschaft bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eingegangen ist, hat ebenfalls als eine der Hauptforderungen aufgeführt, dass Bewilligungsverfahren nur in Ausnahmesituationen angewendet werden sollen. Grundsätzlich solle ein Wechsel vom Bewilligungs- zum Meldeverfahren vorgenommen werden¹.

Die Motionär*innen beantragen Dringlichkeit für ihr Anliegen, da das Kundgebungsreglement im Laufe des nächsten Jahres aufgrund der am 18. Februar überwiesenen Motion "Gleiche Rechte für alle: Kundgebungen während den eidgenössischen Sessionen auf dem Bundesplatz erlauben" ansteht und so im Falle einer Überweisung zwei Revisionen innert kurzer Zeit vermieden werden können.

Für Rückfragen:

Christa Ammann, AL 078 646 83 09

Mohamed Abdirahim, SP/JUSO Fraktion 078 736 38 51

Seraina Patzen, JA! 076 349 07 22

Leena Schmitter, GB 079 480 13 08

¹ http://www.skmr.ch/cms/upload/pdf/141204_Self-Evaluation_OSCE_Chairmanship_Updated_Version.pdf
S. 77 und 13 ff.